Ratsantrag: Zuwendungen an Dritte auf den Prüfstand stellen!

Im Positionspapier zum Haushalt 2012 tritt die Ratsgruppe UWG/ÖDP für eine konsequente und nachhaltige Entschuldung der Stadt Münster ein. Wir sollten handeln, bevor die Bezirksregierung das Zepter übernimmt. Eine nachhaltige Politik reagiert nicht, sie agiert!

Deshalb möge der Rat beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Alle Empfänger von Transferleistungen auf Grund von politischen Beschlüssen, bzw. auf Grund von Leistungsvereinbarungen aus dem Zuschussbericht werden angeschrieben und aufgefordert, zu den Haushaltsberatungen 2013 einen Tätigkeitsbericht sowie einen detaillierten Verwendungsnachweis der öffentlichen Mittel vorzulegen. Verträge sind von der Verwaltung zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu verhandeln, mit dem Ziel, die Zuschüsse zu senken. Ausgenommen sind Empfänger, deren Auftragsgrundlage entsprechende Gesetze sind (z.B. Träger von Kindertageseinrichtungen nach KiBiz)

2. Zur gerechteren Verteilung der geringen Haushaltsmittel erstellt die Verwaltung eine Liste, aus der zu ersehen ist, wo unterschiedliche Empfänger gleiche oder sehr ähnliche Ziele verfolgen. Ziel ist es, Mehrfachförderungen von Projekten und Aufgaben zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen, um damit einerseits mehr Fördergerechtigkeit herzustellen, und andererseits den städtischen Haushalt zu entlasten.

Begründung:

Die Summe der freiwilligen Leistungen der Stadt beträgt unter Abzug der Leistungen nach dem KiBiz und dem Landespflegegesetz rund 21,7Mio €, die das Gesamtergebnis des Haushalts belasten. Im Falle der Haushaltssicherung werden diese Leistungen von der Bezirksregierung vorrangig auf den Prüfstand gestellt, Steuerungsmöglichkeiten der Stadt werden beschnitten. Das Hinterfragen dieser Leistungen, deren Bewilligung teilweise in die 70er Jahre zurückreicht, bzw. deren Ursprung nicht mehr bekannt ist, würde durch Einsparungen die Haushaltssicherung weiter verzögern und den Handlungsspielraum der Stadt erhalten.

Da die Leistungsempfänger sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen repräsentieren und deren Interessen vertreten und unterstützen, böte eine Überprüfung dieser freiwilligen Leistungen der Stadt – bei entsprechender Kommunikation - die einmalige Chance, weiten Teilen der Bürgerschaft die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung näher zu bringen.